

Haushaltsdebatte zur Halbzeit der Großen Koalition

Unser Land auf guten Weg geführt

Die unionsgeführte Bundesregierung hat Deutschland in der ersten Hälfte der Legislaturperiode deutlich vorangebracht. Nach Jahren der Flaute wächst die deutsche Wirtschaft wieder, die Arbeitslosigkeit ist so niedrig wie seit 12 Jahren nicht mehr. Über 40 Millionen Menschen haben Arbeit, mehr als jemals zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik. Es geht aufwärts. Jetzt gilt es den Aufschwung zu sichern.

Sozial ist, was Arbeit schafft. Die Beitragssenkung zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 Prozent in 2005 auf 3,3 Prozent zum nächsten Jahresbeginn ist die stärkste Senkung der Lohnnebenkosten, die jemals von einem Regierungsbündnis beschlossen worden ist. Damit bleibt auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mehr netto von ihrem Lohn in den Taschen.

Mehr Freiraum für Bürger und Betriebe: Die Staatsquote sinkt von 46,9 Prozent im Jahr 2005 auf 43,3 Prozent zum Jahresbeginn 2008.

Die Unternehmensteuerreform stärkt die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen im internationalen Vergleich. Zugleich verbessert sie die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Die Bundesrepublik ist wieder der beliebteste Investitionsstandort in Europa.

Erfolgreiche Konsolidierung der Staatsfinanzen

Die Nettoneuverschuldung ist auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Spätestens 2011 kann das Ziel eines Haushalts ohne neue Schulden erreicht werden. Dies ist kein Selbstzweck, sondern dient der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit. Haushalt sanieren – Zukunft sichern: Im Nachtragshaushalt für dieses Jahr wird die Neuverschuldung um 5,2 Mrd. Euro auf 14,4 Mrd. Euro zurückgeführt. Im nächsten Jahr sinkt die Neuverschuldung auf 11,9 Mrd. Euro.

Es bleibt beim Dreiklang aus Sanieren, Reformieren und Investieren

Noch für das laufende Jahr werden die Investitionen um 2,5 Mrd. Euro und für das kommende Jahr um 360 Mio. Euro erhöht. Dabei hilft der Bund den Ländern und Kommunen mit 2,15 Mrd. Euro beim Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige. Die Investitionsausgaben insbesondere in den Bereichen Verkehr und Wirtschaft konnten für das nächste Jahr insgesamt um etwa 400 Mio. Euro aufgestockt werden. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland geleistet.

Auch außenpolitisch erstklassige Erfolge

Außenpolitisch hat vor allem Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel erstklassige Erfolge zu verzeichnen. Dank ihrer erfolgreichen Präsidentschaft ist Europa wieder handlungsfähig und der G8-Gipfel zu einem Erfolg geworden.

CSU stellt sich der gemeinsamen Verantwortung

Die Zusammenarbeit mit der SPD war in den vergangenen zwei Jahren nicht immer leicht. Die CSU stellt sich jedoch der gemeinsamen Verantwortung für unser Land. Nur mit konstruktiver Zusammenarbeit können die weiteren Herausforderungen gemeistert werden. Die Große Koalition muss geschlossen weiter Kurs halten.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

die abschließende Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2008 und zur Politik der Großen Koalition stand eindeutig im Zeichen der Halbzeitbilanz. Und diese Bilanz kann sich sehen lassen: Alle Kennzahlen in der Wirtschaft, auf dem Arbeitsmarkt, in den öffentlichen Haushalten und in den Sozialversicherungen belegen eine erfolgreiche Wende aus den roten in die schwarzen Zahlen.



Die Wachstumsraten sind ebenso erfreulich wie die fast sensationelle Dynamik auf dem Arbeitsmarkt. Rentenversicherung, Krankenkassen und die Bundesagentur für Arbeit können wieder auf Überschüsse verweisen. Der öffentliche Gesamthaushalt ist schon Ende des laufenden Jahres ausgeglichen. Auch im Bundeshaushalt sind wir auf dem Weg zu einem Haushalt ohne Neuverschuldung ein großes Stück vorangekommen. Kurz: Die Haushalts- und Finanzpolitik agiert wieder auf einer soliden Grundlage und orientiert sich am Prinzip der Nachhaltigkeit.

Die Debatte hat ein Zweites gezeigt: Zur Großen Koalition gibt es gegenwärtig keine verantwortbare Alternative. Unser Traumbündnis ist diese Konstellation sicher nicht. Aber wir bekennen uns ausdrücklich zur gemeinsamen Verantwortung, in die uns die Wählerinnen und Wähler gestellt haben. Wer Verantwortung ernst nimmt, muss den Erfolg wollen und zu Kompromissen bereit sein. Und als CSU werden wir in diesem Bündnis umso erfolgreicher sein, je überzeugender wir unsere politischen Konzepte darstellen. Daran werden wir weiter hart arbeiten. Denn auch dieses ist deutlich geworden: Es gibt noch viel zu tun. Ich nenne nur die Stichworte Erbschaftsteuer- und Pflegereform. Manches Thema ist innerhalb der Großen Koalition konfliktträchtig. Standhaftigkeit und Überzeugungskraft sind also ebenso gefordert wie Besonnenheit.

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Müller MdB

Bartholomäus Kalb neuer haushalts- und finanzpolitischer Sprecher

Auf ihrer Sitzung am Donnerstag haben die Mitglieder der CSU-Landesgruppe Bartholomäus Kalb zu ihrem neuen finanz- und haushaltspolitischen Sprecher gewählt. Bartholomäus Kalb tritt somit als Vorsitzender des Arbeitskreises III: Finanzen und Haushalt die Nachfolge von Georg Fahrnschon an, der zum Staatssekretär im bayerischen Finanzministerium berufen wurde.



Der Industriekaufmann und Landwirt Kalb vertritt seit 1987 als direkt gewählter Abgeordneter den Wahlkreis Deggendorf-Freyung/Grafenau im Deutschen Bundestag.

Diese Woche

Haushaltsdebatte zur Halbzeit
der Großen Koalition

Zwei gute Jahre für unser Land S. 1

Grüne

Oppositionspartei auf Linkskurs S. 2

CSU-Landesgruppe hieß Bundeskanzlerin
und über 350 Gäste willkommen

**Zünftiges „Vergelt's Gott“ an
Dr. Edmund Stoiber** S. 3

Generaldebatte zum Bundeshaushalt

**Dr. Peter Ramsauer: Auszüge aus
der Rede des CSU-Landesgruppen-
vorsitzenden in der Generaldebatte
zum Bundeshaushalt 2008** S. 4/5

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Wolfgang Jenders
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Grüne

Oppositionspartei auf Linkskurs

Mit ihren Parteitagsbeschlüssen zur „bedarfsorientierten Grundsicherung“ lassen sich die Grünen auf einen populistischen Überbietungswettbewerb mit der Linken ein. Sie haben sich ganz offensichtlich vom Pragmatismus der Jahre ihrer Regierungsmitverantwortung verabschiedet. Eine Mehrheit versteht sich offensichtlich als links-ökologische Partei.

Noch vor wenigen Jahren haben die Grünen die Agenda 2010 mitgetragen. Heute erklären sie einen nach eigenen Berechnungen 60 Milliarden schweren Wunschzettel ohne solide Gegenfinanzierung zum politischen Allheilmittel. Es ist ein Zeichen politischer Verzweiflung, wenn die Grünen ihren Wählern Sozialutopien als programmatische Positionierung verkaufen. Tatsächlich galoppieren sie mit ideologischen Scheuklappen an den drängenden Fragen der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik vorbei.

Eine Aufstockung des Arbeitslosengeld II um satte 20 Prozent in Richtung eines Grundeinkommens hat fatale ökonomische Folgen. Letztlich würde das Lohnabstandsgebot aufgeweicht. Viele Menschen in unteren Lohngruppen würden das Interesse an Arbeit verlieren und Transferleistungen in Anspruch nehmen. Mit einer solchen Politik wollen sich

die Grünen offensichtlich Schritt für Schritt von Hartz IV verabschieden.

Die Finanzierung über eine höhere Erbschaftsteuer für große Vermögen, eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes und eine faktische Abschaffung des Ehegattensplittings verdeutlicht die neue Ideologie der Grünen. Es handelt sich jedoch um eine Milchmädchenrechnung: Das Ehegattensplitting ist verfassungsrechtlich geschützt, eine Anhebung des Spitzensteuersatzes betrifft die breite Masse des Mittelstands, woraus sich Konflikte mit der beschlossenen Reduzierung der Körperschaftsteuersätze für Unternehmen ergeben. Einer höheren Erbschaftsteuer werden sich viele Betroffene durch Verlagerung des steuerlichen Wohnsitzes nach Österreich oder in die Schweiz entziehen. Am Ende wird einmal mehr die Leistungs- und Investitionsbereitschaft eingeschränkt.

Zwei Jahre Bundesregierung

Torte aus Berchtesgaden für Bundeskanzlerin

Mit einem Überraschungspräsent wartete CSU-Landesgruppenchef Dr. Peter Ramsauer bei der routinemäßigen Kabinetts-Vorbesprechung am frühen Mittwochvormittag letzter Woche auf.



Anlässlich des zweiten Jahrestages des Amtsantritts von Dr. Angela Merkel als Regierungschefin überreichte er im Namen der CSU-Landesgruppe eine Torte aus Berchtesgaden an die Kanzlerin. Die mit dem Bild des Bundeskanzleramts verzierte Köstlichkeit fand in der Runde sogleich regen Zuspruch.

Zünftiges „Vergelt's Gott“ an Dr. Edmund Stoiber

In der mit über 350 Gästen gefüllten Bayerischen Landesvertretung in Berlin sagte am Montagabend die CSU-Landesgruppe Dr. Edmund Stoiber ein herzliches „Vergelt's Gott“ für dessen bisherige politische Arbeit. In seiner Rede würdigte der CSU-Landesgruppenvorsitzende Dr. Peter Ramsauer die großartige politische Willens- und Gestaltungsleistung, mit der sich Dr. Edmund Stoiber als vormaliger Bayerischer Ministerpräsident und CSU-Vorsitzender in den Dienst für Bayern und Deutschland gestellt habe. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel: „Lieber Edmund, es hat Spaß gemacht, auch wenn es zwischenzeitlich zwischen uns auch mal gekracht hat.“ Letztlich hätten beide „ein gutes gesamtdeutsches Paar“ abgegeben: „Ich werde von manchem zehren, was ich von dir gelernt habe“, so die Kanzlerin.



Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

Im Mittelpunkt des Abends standen aber keineswegs lange Reden der „Verabschiedung“, sondern eine zünftige Dankesfeier unter Freunden und ein Ausblick. „Auch die Brüsseler werden sich an dir die Zähne ausbeißen“, so Dr. Peter Ramsauer mit Blick auf die künftige Tätigkeit von Dr. Stoiber im Dienst der EU-Entbürokratisierung.

Unter den Gästen des geselligen Abends mit bayerischen Schmanckerln befanden sich Dr. Edmund Stoibers Ehefrau Karin, Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert, der CSU-Vorsitzende Erwin Huber, CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder und weitere führende Fraktionsmitglieder, Politiker des Koalitionspartners SPD, der FDP-Fraktionsvorsitzende Dr. Guido Westerwelle, mehrere Botschafter sowie natürlich die Mitglieder der CSU-Landesgruppe.

Als Dankeschön an Dr. Edmund Stoiber hatten sich der Parlamentarische Geschäftsführer Hartmut Koschyk und Landesgruppenchef Dr. Peter Ramsauer etwas ganz Besonderes einfallen lassen:

Sie überreichten dem ehemaligen CSU-Vorsitzenden einen weiß-blauen Berliner Bären mit Löwen-Konterfei, der von dem im Landkreis Traunstein ansässigen Künstler Walter Angerer d. Jüngere gestaltet wurde.



Karin und Edmund Stoiber, Bundestagspräsident Norbert Lammert

Für die ebenso geistreiche wie spritzige musikalische Umrahmung des Abends sorgte die Altneihäuser Feierwehrkapell'n aus der Oberpfalz.



Gelungene Überraschung: Die Geschenkübergabe v.l.n.r.: Hartmut Koschyk, Karin und Edmund Stoiber, Peter Ramsauer und Musiker der Altneihäuser Feierwehrkapell'n aus der Oberpfalz



Weiß-Blauer Berliner Bär mit dem Konterfei eines Löwen: Das vom Traunsteiner Künstler Walter Angerer d. Jüngere gestaltete Geschenk der CSU-Landesgruppe, mitsigniert von Bundeskanzlerin Angela Merkel

Generaldebatte zum Bundeshaushalt

Dr. Peter Ramsauer: Zwischenbilanz der Großen Koalition kann sich sehen lassen!

Auszüge aus der Rede des CSU-Landesgruppenvorsitzenden in der Generaldebatte des Deutschen Bundestages am 28.11.2007 zum Bundeshaushalt 2008

Erfolge nicht kleinreden

„Es ist besonders erbaulich, den Oppositionsrednern zuzuhören. Denn in einigen, nicht wenigen Fällen hat man den Eindruck, als handele es sich um Realitätsverweigerer.

Herr Gysi, Ich verstehe nicht - aber vielleicht liegt die Erklärung in Ihrer Ideologie -, dass Sie hier die Abgabenquote in Deutschland anprangern. Sie liegt bei 37 Prozent. Und Sie fordern eine wesentlich höhere Quote ein. Was soll das? Sie wollen den Menschen in die Tasche greifen! Wir sind stolz darauf, dass wir eine so niedrige Abgabenquote haben, weil wir als Staat den Menschen nur das abverlangen sollten, was wir für die Erfüllung unserer staatlichen Obliegenheiten brauchen, und keinen einzigen Euro mehr.

Lieber Kollege Brüderle, eigentlich kritisiere ich meine liberalen Freunde ungern. Ich muss aber etwas klarstellen. Sie haben nur von der Weltwirtschaft als Lokomotive gesprochen. Es war zwar nicht allein die Politik der Großen Koalition, die zu den heutigen ausgesprochen guten Befunden auf dem Arbeitsmarkt, beim Haushalt, beim Wirtschaftswachstum und in anderen Bereichen beigetragen hat. Es war aber auch nicht allein die Weltwirtschaft. Die Weltwirtschaft, die Vernunft der Tarifpartner und die Restrukturierungsanstrengungen der Wirtschaft selber, aber auch die Politik der Großen Koalition und manches, was wir als Union über den Vermittlungsausschuss bei der Agenda 2010 mitbewirkt haben, haben zu dem geführt, mit dem wir heute Gott sei Dank aufwarten können.

Grüner Rückgriff auf überkommene Umverteilungsideologie

Sehr geehrte Frau Kollegin Künast, Sie hätten doch gern zumindest ein einziges Mal in Ihrer Regierungszeit eine solche Halbzeitbilanz oder Bilanz vorgelegt, wie wir sie heute vorlegen können. Sie hätten nichts lieber getan, als einmal eine Zwischenbilanz vorzulegen, nach der Sie die Arbeitslosigkeit innerhalb von zweidreiviertel Jahren um ein Drittel gesenkt hätten, nämlich von 5,1 Millionen auf 3,4 Millionen. Wie hätte sich Joschka Fischer aufgebläht, wenn es zu seiner Zeit ein gesamtstaatliches Defizit gleich null, also einen ausgeglichenen gesamtstaatlichen Haushalt, gegeben hätte, wenn in einem wichtigen Bereich der gesetzlichen Sozialversicherung innerhalb von einem Jahr plus einem Tag der Beitrag halbiert worden wäre und wenn es über 40 Millionen Erwerbstätige gegeben hätte.

Frau Kollegin Künast, was Sie sich auf Ihren Parteitag alles geleistet haben, ist ja auch höchst bemerkenswert. Vor einigen Wochen auf Ihrem Zerwürfnisparteitag in



Foto: Hammes

Göttingen haben Sie sich von der Außenpolitik verabschiedet, die Sie früher betrieben haben und die immer noch einigermaßen vernünftig gewesen ist. Jetzt haben Sie sich auch noch von einer einigermaßen pragmatischen Wirtschafts- und Sozialpolitik verabschiedet.

Umverteilung ist die Überschrift dessen, was die Grünen beschlossen haben. Es sind Ladenhüter, die die Grünen zur Finanzierung vorschlagen, wie der Griff in die Taschen der Menschen. Herr Bütikofer hat gesagt, im Kern gehe es um die Frage, ob man etwas gegen die soziale Verunsicherung unternahme. Wenn es so ist, dann kann ich nur sagen: Das Beste gegen soziale Verunsicherung liegt darin, dass wir Arbeitsplätze sichern und neue schaffen, dass wir für Investitionen in unserem Land sorgen und dass wir solide öffentliche Haushalte vorlegen. Das dient der Bekämpfung sozialer Verunsicherung.

Herr Bütikofer sagt weiterhin, die Sozialpolitik der Grünen müsse visionär und politisch praxistauglich sein. Dazu kann ich nur sagen: Sie ist weder praxistauglich noch visionär. Sie wollen die Partei der Vordenker sein. Ich kann nur sagen: Es ist kein Vordenken, sondern schlicht und einfach fantasielos, wenn man nur umverteilen will, was andere erwirtschaften.

Gerne verweise ich hier auf Franz Müntefering. Dem „Spiegel“ war ein Zitat zu entnehmen: „Wer glaubt, soziale Gerechtigkeit definiert sich im Wesentlichen durch Verteilung, der irrt.“ - Ich kann nur sagen: Franz Müntefering hat vollkommen recht.

Man kann bei so vielen sozialen Utopien wie bei den Grünen und den Linken nicht oft genug in Erinnerung rufen, was eigentlich eine Binsenweisheit sein sollte. Nämlich dass der Staat, die öffentliche Hand nur so viel umverteilen kann, wie vorher von denjenigen erwirtschaftet wurde, die jeden Tag an der Wertschöpfung in unserem Land mitarbeiten.

Ausgleich zwischen Leistungsgerechtigkeit und sozialer Gerechtigkeit schaffen

Deswegen gilt für mich: Wenn umverteilt wird, dann dürfen diejenigen, die dies erwirtschaften, nicht die Dummen sein, weil sie sich sonst verschaukelt vorkommen. Wir brauchen einen sauberen Ausgleich zwischen Leistungsgerechtigkeit einerseits und sozialer Gerechtigkeit andererseits.

Wir können uns einen sozial und ökologisch starken Staat nur leisten - das haben viel zu viele einfach vergessen -, wenn wir das dafür Notwendige auch tatsächlich vorher erwirtschaften - nichts anderes. Der Sozialstaat ist nur so stark und unsere sozialen und ökologischen Standards können nur so hoch sein wie der Gegenwert, den wir vorher erwirtschaften. Die Kraft, die zur Aufrechterhaltung des Sozialstaates und zur Einhaltung hoher ökologischer Standards nötig ist, dürfen wir nicht andauernd durch Gängelung mit Füßen treten.

Ich frage vor allen Dingen die Linken: Ist es unsozial, wenn nach wie vor jeder dritte Euro des Bruttoinlandsprodukts für soziale Zwecke ausgegeben wird? Ist es ungerecht und unsozial, wenn die oberen 50 Prozent der Einkommensverdiener 92 Prozent des gesamten Steueraufkommens erwirtschaften? - Ich sage: Dies ist nicht ungerecht. Von Ungerechtigkeit kann hier überhaupt keine Rede sein. Wer hier von einer ungerechten Verteilung spricht, ist ein Realitätsverweigerer.

Koalition hat große Themenfülle abgearbeitet

Wir haben in der ersten Halbzeit dieser Legislaturperiode eine große Fülle von Themen abgearbeitet. Wenn man das in der Öffentlichkeit, zum Beispiel auf Versammlungen, anspricht, blickt man oft in erstaunte Gesichter, weil diese Dinge unglaublich schnell vergessen werden. Es war vorbildlich, was im Einzelnen umgesetzt worden ist und welche Wachstums- und Arbeitsmarkimpulse davon ausgegangen sind.

Denken Sie an das 25-Milliarden-Euro-Investitionsprogramm, an die energetische Gebäudesanierung, die steuerliche Absetzbarkeit der Beschäftigung in Privathaushalten und der Handwerkerrechnungen.

Familienpolitik wieder ins Zentrum gerückt

Liebe Frau von der Leyen, wir alle können stolz darauf sein, dass wir mit dem Elterngeld Maßstäbe gesetzt haben. Junge Väter und junge Mütter können sich nun im ersten Lebensjahr eines Kindes zu Hause um ihr Baby kümmern.

Ich wehre mich - ich sage es immer wieder - dagegen, dass dieses Elterngeld und die Basiszahlung, die wir verabredet haben, als „Herdprämie“ diffamiert oder noch schlimmer als, wie es in einer Zeitung geschehen ist,

„Aufzuchtprämie“ gebrandmarkt werden. Das lasse ich mir nicht gefallen, weil es eine Beleidigung der jungen Väter und Mütter in Deutschland ist, die sich um ihre Kinder kümmern.

Wir halten es für eine ganz besonders große gesellschaftliche Errungenschaft, wenn sich Familien zu Hause um die Pflege ihrer alten, pflegebedürftigen Familienmitglieder kümmern. Manche krepeln dafür ihr ganzes Berufsleben um. Wenn aber die Pflege pflegebedürftiger Familienmitglieder gesellschaftlich erstrebenswert ist, dann kann es doch zumindest nicht verwerflich sein, wenn sich junge Väter und Mütter zu Hause um ihre kleinen Kinder im Vorkindergartenalter kümmern. Wenn das verwerflich sein soll, passen diese beiden Vorstellungen nicht zusammen.

Große Koalition braucht Kompromissfähigkeit

Eine Reihe von anderen Reformen haben wir beschlossen: Rentenreform, Gesundheitsreform, Unternehmensteuerreform. Ob bei der Arbeitslosenversicherung oder in anderen Bereichen: Ich glaube, wir haben überall, lieber Peter Struck, faire Kompromisse gefunden.

Eines wussten wir in der Großen Koalition von Anfang an: Wenn wir dieses Bündnis eingehen, dann müssen wir politikfähig sein, sonst brauchen wir es nicht zu tun. Wenn wir politikfähig sein wollen, dann müssen wir auch kompromissfähig und kompromissbereit sein. Wir haben uns da weiß Gott viel abverlangt. Aber es ist ein ständiges Geben und Nehmen. So ist es in der Politik. Wir sind zu fairen Kompromissen gelangt.

Ein Wort noch zur Außenpolitik, die wiederholt angesprochen worden ist. In dieses Jahr fallen die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union und die G-8-Präsidentschaft. Da kann man nur eines sagen: Für die Bewältigung dieser herausfordernden Problemstellungen, die mit beiden Aufgaben verbunden waren - neben all den innenpolitischen Herausforderungen -, eine glatte Eins mit Stern für die Bundeskanzlerin!

Sie hat die Europäische Union aus einer schwierigen Lage herausgeführt mit dem Reformvertrag, der, ungeachtet seiner verbliebenen Mängel, jetzt auf dem Tisch liegt. In der G 8 wurden klare Zeichen gesetzt. Im Grunde genommen war nur mit viel Fantasie zu erwarten, dass Sie, liebe Frau Bundeskanzlerin, in der G 8 plus den fünf Schwellenländern, die dabei waren, das Begehren nach einer weltweiten Klimaschutzpolitik endlich mit auf Rang 1 der weltpolitischen Tagesordnung setzen konnten.

Jetzt nicht den Rückwärtsgang einlegen!

In den nächsten zwei Jahren liegt noch viel vor uns. Ich will die politischen Teilgebiete jetzt nicht im Einzelnen erörtern; das wäre die reinste Litanei. Wir müssen miteinander weiter an Reformen arbeiten. Wir dürfen auf keinen Fall das tun, was zwei Oppositionsfaktionen wollen, nämlich den Rückwärtsgang einlegen. Wir stellen uns mit Augenmaß und in verantwortungsvoller Weise den Herausforderungen der nächsten zwei Jahre, damit wir der Erwartung, die die Wählerinnen und Wähler vor zwei Jahren hatten, gerecht werden, nämlich unser Land nach vorne zu bringen.